

## „Merkel ist raus“? Anmerkungen zu einem linkspopulistischen Frame

Mit einem Nachwort nach knapp zwei Jahren

*Manfred Sommer*

In der SZ vom 31.12.2016 – also am letzten Tag des Jahres 2016 – hat die deutsch-amerikanische Linguistin Elisabeth Wehling in einem Interview („Wie Sprache bestimmt, wen man wählt“) erläutert, wie Populisten die Meinungsbildung mit sog. Frames in ihrem Sinne beeinflussen – um nicht gleich zu Anfang das hässliche Wort „manipulieren“ zu verwenden. Auf die Frage „Was ist ein Frame?“ erklärte sie: „Ein Rahmen. Über die Sprache erhalten Fakten einen Deutungsrahmen. Und mit dem interpretieren Menschen alle Fakten.“ Vom **Frame**, der noch kein „Wort des Jahres“ geworden ist, ist es nicht weit zum **Postfaktischen**, dem Wort des Jahres 2016 (<https://gfds.de/wort-des-jahres-2016/>). Die sich aufdrängende Anschlussfrage „Wie wichtig sind Fakten bei der Beurteilung von Sachverhalten?“ beantwortet sie mit Ergebnissen verhaltenswissenschaftlicher Forschungen an einem ganz unpolitischen Beispiel:

*„Nur etwa zwei Prozent des Denkens sind bewusst. Sie geben Menschen Wörter zu lesen, die Langsamkeit assoziieren. Rente, senil, grau, Alterssitz. Hinterher messen Sie, mit welcher Geschwindigkeit die sich vom Unilabor zum Fahrstuhl bewegen. Das Ergebnis: Diese Menschen sind signifikant langsamer als solche, die diese Wörter nicht zu lesen bekamen. Wörter prägen Verhalten.“*

Wehling's weitere Ausführungen und Beispiele ranken sich nun nicht darum, wie Wörter das Verhalten im Allgemeinen, sondern wie sie das Wahlverhalten prägen. Und es geht auch nicht um Wähler im Allgemeinen, sondern um die Wähler populistischer Parteien und Personen, also von Trump, AfD, FPÖ, Wilders & Co. Womit gleich schon mal konnotiert wird, dass Populismus gleich Rechtspopulismus ist, wie im Interview konsequent durchgehalten. Zur Wiederholung: „Nur etwa zwei Prozent des Denkens sind bewusst“ – was nicht nur für rechtspopulistisch Anfällige, sondern auch für Rezipienten des Qualitätsjournalismus gelten soll. Wenn also auch SZ-Leser/innen in ihren Einstellungen zu achtundneunzig Prozent eher assoziativ auf vorgesetzte Begriffe reagieren als bewusst nachzudenken, fällt ihnen die Engführung der Argumentation in Richtung **Rechtspopulismus** vermutlich gar nicht auf.

Bevor wir uns dieser für den einen oder anderen vielleicht verstörenden Frage zuwenden, sei noch kurz ein Prototyp für rechtspopulistische Frames erwähnt, der Wehling vom SZ-Interviewer gleich als Entrée angeboten wurde: „Merkels Tote“. Bekanntermaßen ist damit die geschmacklose, analytisch armselige und in seriösen Diskursen über die deutsche Flüchtlingspolitik nicht ernst zu nehmende Behauptung gemeint, die Bundeskanzlerin sei für die Toten des Terroranschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 verantwortlich, der mutmaßlich von einem sich illegal in Deutschland aufhaltenden Tunesier begangen wurde. Auch wenn dieser Frame faktisch völlig unhaltbar ist, entfaltet er seine Wirkmächtigkeit im Wahlverhalten. Noch einmal Wehling:

*„Wenn Sie einen Fakt kommunizieren und nicht den eigenen Frame mitbringen, sondern im schlimmsten Fall sogar noch den Frame des Gegners übernehmen, dann nehmen Sie Ihrem Fakt wahnsinnig viel Wirkkraft weg.“*

Das leuchtet ein und scheint zudem wissenschaftlich gut unterfüttert zu sein. Die implizite Aufforderung an politische Akteure liegt auf der Hand: kümmere Dich mindestens so gründlich um Deinen Frame wie um die „Fakten“. Aber warum praktizieren das angeblich nur Rechtspopulisten? Sind andere dafür zu dumm oder zu edel?

Wenn die Frames und nicht die Fakten das Wahlverhalten weitgehend bestimmen, dann braucht es eine gehörige Portion Blauäugigkeit, um zu verkennen, wo und wie die politischen Akteure ihre Prioritäten setzen. The end justifies the means. Machiavelli lässt grüßen.

Nun purzeln Frames aber nicht vom Himmel und auch nicht ausschließlich aus den think tanks der Parteien. Zu den maßgeblichen Frame-Produzenten gehören die Politik-Journalisten aller Medien selbst. Darf man von diesen mehr Sorgfalt als von politischen Akteuren erwarten, wenn sie Fakten zu Deutungsmustern assemblieren? Sollten sich die Fakten beim jeweiligen Thema nicht wenigstens widerspruchsfrei zusammenfügen lassen und wäre nicht zu erwarten, dass neben der Prämisse A auch weitere Bedingungen B und C offengelegt werden, ohne die es keinen logisch stringenten Weg zur Schlussfolgerung D gibt? Für alle Medien mag das zu viel verlangt sein, für Qualitätsmedien sicher nicht.

Und damit sind wir – schon am ersten Zeitungstag des Jahres 2017 – wieder bei der SZ, dieses Mal auf der Meinungsseite vom 02.01.2017. Dort widmet sich Constanze von Bullion dem unionistischen Binnenverhältnis von CDU und CSU unter der Überschrift „Und raus bist du“. Wer bei diesem politischen Abzählreim aus der Kurve fliegt, wird zwar erst am Ende explizit verraten, der Frame, der beim Leser hängen bleiben soll, fällt aber schon mit dem Thema Flüchtlingspolitik ins Haus: „**Merkel ist raus!**“. Welch eine Überraschung, eben noch Neujahrsansprache und jetzt schon weg vom Fenster. Die brüchige Logik, mit der dieser Frame gezimmert wurde, entzieht sich der freien Nacherzählung. Der Leser möge sich im Anhang durch das Original schlängeln.

Mit framegeschärftem Blick kann man die von Bullion präsentierten Fakten und einige „missing links“ auch anders und logisch stringenter ordnen. Ihre Schlussfolgerung, "Angela Merkel sei raus", weil Klöckner und Strobl eine 99%-ige Übereinstimmung mit der CSU sähen, wäre nur dann logisch, wenn die CDU die Positionen der CSU zu 99% auch übernehme. In der Flüchtlingspolitik als einem der Megathemen ist das schon mal nicht der Fall und nicht zu erwarten. Nicht umsonst wurde schon die primär taktisch motivierte, sehr knappe Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft auf dem letzten CDU-Parteitag als Sensation oder gar postfaktische Ungeheuerlichkeit betrachtet. „Taktisch motiviert“ deshalb, weil einige in der CDU es für klüger hielten, für die nach der Bundestagswahl anstehenden erneuten GroKo-Verhandlungen wenigstens etwas Verhandlungsmasse zurückzugewinnen. Aus der SPD kam schon der reflexartige Hinweis, solche CDU-Beschlüsse seien mit der SPD weder abgestimmt noch umzusetzen.

Trotzdem muss die Position von Klöckner und Strobl zur 99%-igen Übereinstimmung nicht falsch sein. Nämlich dann, wenn man davon ausgeht, dass die CSU ihre auf die Bundesebene zielenden, jenseits dortiger Ressortzuständigkeiten liegenden Forderungen nicht unbedingt umsetzen wollen würde, wenn sie denn könnte. Dafür spricht, dass die CSU die juristischen und politischen Optionen aus dem von ihr selbst in Auftrag gegebenen Gutachten „Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem“ des früheren Richters am Bundesverfassungsgericht Udo die Fabio weitgehend ungenutzt hat verstreichen lassen. Hätte die CSU nicht zudem eine Bundesregierung verlassen müssen, deren Flüchtlingspolitik sie für so gefährlich und schädlich hält, wie sie behauptet. Dann wäre zwar das Dobrindt-Pickerl nicht gekommen, aber es kommt vielleicht ohnehin nicht, was die spätere Einführung einer echten, also kilometerabhängigen PKW-Maut sogar befördern könnte. Maßgeblicher für den Verbleib der CSU in der Bundesregierung dürfte die alles überlagernde Furcht sein, die CDU könne sich im Gegenzug nach Bayern ausdehnen. Dann würden aus einem in Teilen auch inszenierten Dissens ein ganz realer Bruch und Seehofer zum Cameron der CSU: Untergang durch Übermut.

Seehofer ist aber nicht Cameron. Zum richtigen Zeitpunkt wird er seine Ankündigung kassieren, die CSU werde in keine neue obergrenzenlose Bundesregierung eintreten. Ein richtiges Problem hätte er nur dann, wenn die Union mit einer zur FPÖ gemauserten AfD im Bundestag oder im Bayerischen Landtag auf mehr als die Hälfte der Sitze käme.

Aber warum erweckt das Seehofer-Söder-Getöse dann den Eindruck, man sei sich **nicht** zu 99% einig. Eine lästige Folge des Föderalismus. Während die CDU einen klaren Pro-Merkel-Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 führt, führt die CSU primär einen Anti-Merkel-Wahlkampf zur bayerischen Landtagswahl 2018, um die Abwanderung zur AfD in Grenzen zu halten. Was kann die CSU dafür, dass die bayerische Landtagswahl und die Bundestagswahl in der falschen Reihenfolge stattfinden? Wenn es nach der CSU ginge, wäre die Bundestagswahl kurz nach statt vor der Bayernwahl: eine Woche Wahlkampf pro forma pro Merkel. Fazit: der 1%-ige Dissens zwischen der CSU und der Merkel-CDU wäre vermeidbar, wenn die CSU dazusagen würde, welchen Wahlkampf sie gerade führt, wenn sie mal hü und mal hott sagt.

So lässt sich der vermeintliche 99%-Konsens viel plausibler erklären. Aber wozu soll dann der „Merkel ist raus“-Frame gut sein? Von Bullion mag in die Parlaments- oder Parteiengeschichte als Erfinderin dieses Frames eingehen, die Denkfigur dahinter ist schon seit einigen Monaten in Mode gekommen, ziemlich genau seit dem Aufflackern rot-rot-grüner Regierungsträume. Man muss das Dilemma dieses Lagers sehen, das die Bundeskanzlerin über ein Jahr lang für ihre grenzenlose Flüchtlingspolitik gefeiert hat (einige haben nach eigenem Bekunden sogar für sie gebetet) und jetzt soll sie plötzlich zugunsten eines Gabriel oder Schulz gefeuert werden, dessen Regierung auch bei Gutmeinenden im Verdacht der Chaostruppe stände. Faktisch skandiert das rot-rot-grüne Lager jetzt plötzlich „Merkel muss weg!“ – eine Parole, auf die AfD und Pegida längst ein Patent angemeldet haben. Geht also nicht. Dann lieber „Merkel ist raus“, auf Betreiben ihrer eigenen Leute. Man selbst war nicht beteiligt an diesen „Ideen des März“. Mit diesem links-populistischen Frame kann man ganz unbeschwert rot-rot-grün propagieren und wählen. Quod erat demonstrandum.

Ein letzter Pluspunkt für von Bullion könnte so gehen: vielleicht hat sie gemeint, Merkel ist nach der Bundestagswahl raus. Im Falle einer rot-rot-grünen Bundesregierung stimmt das für sie als Kanzlerin zu 99,99%, als Oppositionsführerin zu 99,0%. Auch die Zahl der Merkel-follower wird schnell schrumpfen, viele werden gar nicht dabei gewesen sein, im Stillen schon länger gewarnt und mit dem Doppelpass-Beschluss bereits heftig opponiert haben wollen. Vielleicht wird Bosbach sogar Ehrenvorsitzender.

Merkel ist, Stand heute, alles andere als raus. Vieles, wenn nicht das Meiste spricht dafür, dass sie auch die nächste, stark sozialdemokratisierte Bundesregierung anführen wird. Dafür braucht es dann einen neuen Frame, vielleicht diesen: „Wenigstens das hätten wir geschafft!“.

## **Anhang (aus Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 2017):**

### **Und raus bist du**

Friede soll sein und Ruhe in der Union. Von wegen.  
*Von Constanze von Bullion*

Friede soll sein im neuen Jahr und vor allem: endlich Ruhe in der Union. So zumindest wünschen es die CDU-Vizevorsitzenden Thomas Strobl und Julia Klöckner. Zum Auftakt des Bundestagswahljahrs werben sie mit Engelszungen um Einigkeit zwischen CDU und CSU. Es gebe doch ganz entscheidende Gemeinsamkeiten in Fragen der Flüchtlingspolitik und der inneren Sicherheit, versichert Strobl. Und Klöckner meint, die Schwesterparteien seien sowieso zu "99 Prozent einig". Seit wann das?

Richtig daran ist nur, dass der Union im Wahlkampf nichts so gefährlich werden kann wie die Fortsetzung ihres internen Gezänks um Flüchtlinge, Grenzsicherung und nationale Souveränität. Ebenso klar ist aber auch, dass die CSU sich hier dem Kanzlerkurs nicht nähert. Die jüngste CSU-Forderung, Bootsflüchtlinge sofort nach Nordafrika zurückzubringen, statt sie nach Europa zu retten, heißt im Ernstfall: Abwehr geht vor Humanität und mühsamer rechtsstaatlicher Prüfung. Das steht Merkels bisherigen Vorstellungen diametral entgegen.

Die Friedensbotschaft der Strobls und Klöckners ist bei näherem Hinsehen also auch ein vergiftetes Geschenk. Die CDU-Vizes distanzieren sich inhaltlich nicht von den neuen Ideen der CSU, sondern behaupten, man sei sich quasi in allem einig. Wir sind die Mehrheit in der Union, heißt das. Und raus bist du, Angela Merkel. Frohes neues Jahr? Ein andermal.

Constanze von Bullion ist in der Parlamentsredaktion der SZ in Berlin zuständig für den Bundespräsidenten, Familienpolitik und die Linkspartei. Sie hat Geschichte studiert und arbeitet seit 1999 für die Süddeutsche Zeitung.

### **Nachwort: Merkel geht jetzt wirklich – früher oder später, mehr oder weniger**

Am 02.01.2017 hatte Constanze von Bullion die gewagte These formuliert, „Merkel sei raus“. Dahinter stand die kaum verhohlene Hoffnung, das rot-rot-grüne Lager (R<sup>2</sup>G) könne die Bundestagswahlen im Herbst 2017 gewinnen und mit Martin Schulz die seit der Flüchtlingskrise 2015 hoch verehrte Angela Merkel aus dem Kanzleramt verdrängen. Um das schlechte Gewissen zu besänftigen, bot es sich an, den Kanzlerinnensturz dem politischen Gegner in die Schuhe zu schieben. Daher die Fiktion, die CDU habe sich in Gestalt der Parteivizes Strobl und Klöckner der „härteren“ Flüchtlingspolitik der CSU angeschlossen und bereite damit das Ende der Merkel'schen Kanzlerschaft vor. Peinlich an der These „Merkel sei raus“ mag der Autorin die Nähe zur normativen AfD-Version, „Merkel müsse weg“, gewesen sein, weshalb sie es bei der eher barmherzigen Fassung beließ, Merkel sein dank der rechtskonservativen Kräfte in der CDU-Führung sowieso weg und der Weg in eine noch sozialdemokratischere Zukunft mit R<sup>2</sup>G daher offen. Bekanntlich ist es anders gekommen. Merkel war Anfang 2017 alles andere als raus; bis heute führt sie eine weitere stark sozialdemokratisch geprägte Bundesregierung an.

Auch meine These, das Gewese der CSU um die Flüchtlingspolitik und ihr gelegentlich abstruser Streit mit der CDU sei im Wesentlichen von der Bayernwahl motiviert, hat sich bewahrheitet, auch wenn sich niemand die Farce vom Juli 2018 um die Zurückweisung mikroskopisch kleiner Flüchtlingszahlen an der bayrisch-österreichischen Grenze so vorab hat ausmalen können. Gelohnt hat es sich für die CSU bei der Bayern-Wahl ebenso wenig wie die Nibelungentreue der CDU zur Kanzlerin bei der Hessenwahl. Bevor Merkel nun – Undank ist der Welt Lohn – wie fast alle ihre Vorgänger vom Wahlvolk, der eigenen Partei oder einer anderen Koalitionskonstellation „vom Hof gejagt“ wird, verabschiedet sie sich zum Dezember 2018 aus freien Stücken als Parteivorsitzende. Alleine das ist ein höchst respektabler, wenn auch keineswegs wirklich überraschender Schachzug, egal, ob er schon im Sommer 2018 oder doch erst nach den beiden Landtagswahlen beschlossen wurde.